



Kiel, 24. Oktober 2017

Nr. 296 /2017

Wolfgang Baasch

## Lohn- und Sozialdumping bekämpfen

*Zur Reform der EU-Entsenderichtlinie und der damit einhergehenden Stärkung der Sozialstandards erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher, Wolfgang Baasch:*

„Wir begrüßen die Reformierung der europäischen Entsenderichtlinie. Diese sieht vor, dass entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus einem anderen EU-Land künftig grundsätzlich genauso bezahlt werden sollen wie einheimische Kolleginnen und Kollegen. Die Verschärfung der Regeln gegen Lohn- und Sozialdumping ist ein wichtiger Schritt für ein soziales Europa. In Deutschland sind ca. 561.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus EU-Nachbarländern beschäftigt. Viele dieser Beschäftigten werden unter Tarif bezahlt, machen viele Überstunden und können von heute auf morgen vor die Tür gesetzt werden. Kurzum: Es findet eine Ausbeutung statt. Diese Ausbeutung hat gravierende Folgen für den Arbeitsmarkt, auf dem die entsandten Beschäftigten eingesetzt sind. Es führt zu einer Untergrabung der Sozial- und Tarifstandards, was auch heimischen Unternehmen und Beschäftigten schadet. Die Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit in Schleswig-Holstein bleibt darum ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Einhaltung der Sozialstandards in Schleswig-Holstein.“

Wir fordern alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf, für gute und gleiche Arbeitsbedingungen von Anfang an zu sorgen - nicht erst als Reaktion auf europäische Regelungen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedeutet gleiche Arbeit auch gleiche Bezahlung und gleiche Rechte!“

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)